



Heike Hänsel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

15.10.2007

Die Vorsitzende
Renate Künast

Offener Brief bzgl. der ISAF-Debatte vom 12.10.2007

Sehr geehrte Kollegin Künast,

mit Empörung habe ich am vergangenen Freitag Ihre Anschuldigungen gegen die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya während der Bundestagsdebatte über den ISAF-Einsatz verfolgt.

Frau Künast, Sie haben in unverantwortlicher Weise eine in Afghanistan verfolgte und mit dem Tod bedrohte Frau für Ihre Auseinandersetzung mit der Linken instrumentalisiert und aus meiner Sicht dabei gleich mehrere Grenzen überschritten:

Sie rückten den Einsatz von Frau Joya für Menschenrechte und die Rechte der Frauen in ihrem Land ins Zwielflicht mit der Behauptung, sie sei eine „zweifelhafte Kronzeugin“. Ein solches Urteil über eine Frau, deren mutiges Engagement viel Unterstützung sowohl in der afghanischen Bevölkerung als auch weltweit findet und sie zugleich massiver Bedrohung seitens islamischer Fundamentalistinnen und Fundamentalisten aussetzt, steht Ihnen in keinster Weise zu.

Geradezu ungeheuerlich finde ich es, wenn im Deutschen Bundestag der zutiefst undemokratische Ausschluss einer gewählten Parlamentarierin aus dem afghanischen Parlament gerechtfertigt wird. Faktisch haben Sie genau das getan, wenn Sie von Malalai Joya als „frühere Abgeordnete“ sprachen und behaupteten, diese hätte sich „selber ins Off katapultiert“.

Damit besorgen Sie das Geschäft der Fundamentalistinnen und Fundamentalisten in Afghanistan, die Frau Joya zum Schweigen bringen wollen, und liefern ihnen Vorwände für neue Angriffe. Frau Joya, auf deren Leben bereits vier Anschläge verübt worden sind, benötigt den Schutz der internationalen Öffentlichkeit. Die von Ihnen vor aller Öffentlichkeit vorgetragene Entsolidarisierung trägt dazu nicht bei.



Heike Hänsel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Es ist ein beispielloser Vorgang, dass eine Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag eine lebensbedrohlich verfolgte Person öffentlich diskreditiert und sie damit zusätzlich gefährdet. Völlig unabhängig davon, ob Sie die Positionen von Frau Joya teilen oder nicht, muss uns allen an der Wahrung ihrer Menschenrechte und ihres Schutzes gelegen sein.

Möglicherweise waren Sie sich der Tragweite ihrer Äußerung nicht bewusst. Umso mehr sollten Sie jetzt der Verantwortung, die aus Ihrer Funktion erwächst, nachkommen. Ich fordere Sie auf, sich für Ihre Entgleisung öffentlich zu entschuldigen.

Ich wende mich in diesem Brief direkt an Sie, weil ich eine Verantwortung gegenüber Frau Joya empfinde, die auf Einladung meiner Fraktion im September Berlin besucht hatte. Frau Joya wurde, wie Sie wissen, in Berlin von zwei Ausschüssen des Deutschen Bundestags und unter anderem vom Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der ihrer Partei angehört, empfangen und angehört.

Niemand sollte zulassen, dass der Besuch von Frau Joya in Berlin im Nachhinein durch abfällige Auslassungen zu einer zusätzlichen Gefährdung ihrer Person führt. Dies liegt auch in Ihrer Verantwortung und der Ihrer Partei und Fraktion.

Mit freundlichen Grüßen.

Heike Hänsel, MdB